

(A) Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Ich höre gerade, daß einige unserer Kolleginnen und Kollegen nicht pünktlich hier sein können, weil die Züge auf dem Bahnhof in Düsseldorf aufgrund einer Bombendrohung im Augenblick nicht einlaufen können. Einige unserer Kollegen werden davon betroffen sein und deshalb später kommen.

Ich eröffne die 81. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße auch unsere Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf die

Fortsetzung der zweiten Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993

(B) Wir haben gestern die Haushaltsplanberatungen bei Einzelplan 13 unterbrochen und setzen die Beratungen heute fort.

Ich rufe auf Nummer 1:

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4708 und auf die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4772.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Frau Präsidentin! Man ist geneigt, alle Anwesenden namentlich zu begrüßen.

(Zurufe von der SPD - Abgeordnete Garbe [SPD]: Legen Sie mal los!)

- Das würde vielleicht doch zu lange dauern.

Meine Damen und Herren! Es ist Halbzeit der Legislaturperiode. Deshalb ist, glaube ich, schon die Frage erlaubt, was diese Landesregierung - der Wirtschaftsminister - in den letzten zweieinhalb Jahren im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen in unserem Land getan hat und was hier passiert ist. Dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung mit dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen beschäftigt hat und mir das, was er dort vorgetragen hat, in manchen Teilen sehr geschönt erschien. Dabei gehe ich nicht davon aus, daß ihm und dem Wirtschaftsminister die Fakten unbekannt sind. Wir sollten uns ins Gedächtnis zurückrufen, was über das Reden hinaus hier passiert ist und wie die Lage ist, in der wir uns befinden.

Nordrhein-Westfalen hat - wie hier des öfteren vorgetragen worden ist, und daher rührt ein wesentlicher Teil unserer schlechten finanziellen Situation - in den letzten zehn Jahren leider den Anschluß an das Wachstum der übrigen Bundesländer nicht geschafft. Wir haben große Lücken. Ich möchte gar nicht mit den Spitzenreitern Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen Vergleiche anstellen; dort betragen die Wachstumsraten innerhalb der letzten zehn Jahre 35 %, in Nordrhein-Westfalen sind es 16 oder 17 %. Selbst um den Schnitt der Flächenländer zu erreichen, fehlen uns fast 9 %. 9 % Wachstum bedeutet auf den Haushalt 1992 von Nordrhein-Westfalen bezogen - man kann sich diese Zahl gar nicht deutlich genug vor Augen führen - eine Mindereinnahme allein an Steuern in Höhe von 5,4 Milliarden DM.

Wie viele unserer in den Haushaltsplanberatungen besprochenen Probleme wären lösbar, wenn in der Wirtschaftspolitik die richtigen Weichen gestellt worden wären!

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

In der Diskussion werden die Punkte Regelungsdichte, Bürokratie, Industrie- und Gewerbeflächen, Verkehr und Entsorgung insbesondere vom Wirtschaftsminister ja laufend angesprochen. Aber was ist in

(C)**(D)**

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

diesem Land passiert? Wie sind die Fakten?

Nordrhein-Westfalen hat die höchste Steigerungsrate in den vergangenen Jahren bei den Lohnstückkosten gehabt, weil die Produktivität nicht so stark gestiegen ist wie in anderen Ländern der Bundesrepublik. Nicht die Lohnkosten sind es gewesen, sondern es sind die Produktivität und damit die hohen Lohnstückkosten gewesen.

Wo bleiben die Ausführungen des Wirtschaftsministers mit einer Aufforderung etwa an die Tarifpartner zu maßvollen Steigerungen entsprechend der Produktivitätsrate? Wo bleiben die Vorschläge des Wirtschaftsministers zu einer Stabilisierung der Lohnnebenkosten? Wir wissen alle, daß die Diskussion um zusätzliche Maßnahmen, die hier anstehen, anhält. Von konkreten Vorschlägen ist aber schlicht nichts zu hören.

Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeit - diese Worte sind hier oft gefallen. Wo sind die konkreten Vorschläge - keine weitere Verkürzung der Arbeitszeiten und Steigerung der Maschinenlaufzeiten?

(B) Wo sind denn die Appelle an die Tarifpartner, nun wirklich von den Tarifverträgen Gebrauch zu machen, in denen der weitere Verlauf von Arbeitszeitverkürzungen auch von der Lage abhängig gemacht wird, in der sich die Wirtschaft befindet? Es ist doch völlig unmöglich, in dieser Zeit, in dieser Situation auf 35 Stunden zu gehen. Die Revisionsklauseln in den Tarifverträgen sollten auf alle Fälle in Anspruch genommen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kreutz?

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wenn es mir auf meine Redezeit nicht angerechnet wird, ja, sonst nicht!

- Bitte schön.

(C)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege, glauben Sie nicht, daß angesichts der unumstrittenen Einigkeit darüber, daß Arbeitszeitverkürzungen zum Abbau von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen haben - darüber besteht unter den Tarifparteien Einigkeit -, in einer Situation wieder ansteigender Arbeitslosenzahlen eine weitere Arbeitszeitverkürzung dringend geboten ist?

(Abgeordneter Dr. Schwericke [CDU]: Das ist ja Unsinn!)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Kollege, Sie lesen offensichtlich nur einen bestimmten Teil von Veröffentlichungen, nämlich solche, die in Ihr Bild passen, und nehmen die anderen nicht wahr.

(Zustimmung bei der CDU)

Arbeitszeitverkürzungen verteuern auch die Arbeit; das ist gar keine Frage. Darüber waren sich die Tarifpartner immer einig.

(Beifall bei der CDU)

Darum ist das auch so gehandhabt worden.

(D) Zur Zeit haben wir gegenüber den Japanern einen Unterschied von 600 Stunden Arbeitszeit pro Jahr, gegenüber den Amerikanern von über 300 Stunden jährlich. Wo leben Sie denn eigentlich?

Oder die Maschinenlaufzeiten: bei uns 53 Stunden in der Woche, in allen anderen europäischen Ländern 70 Stunden wöchentlich. Das müssen wir wahrnehmen, und wir müssen zu Maßnahmen kommen. Der Wirtschaftsminister redet; konkrete Vorschläge dafür, wie etwa in der Textilindustrie Arbeitsplätze erhalten werden können, habe ich von ihm bisher nicht gehört.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Machen Sie doch einmal Vorschläge! Sie schwätzen hier doch nur dummes Zeug!)

- Daß Ihnen das nicht paßt, Herr Mernizka, darüber brauchen wir nicht zu streiten.

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist doch hohles Gerede, sonst nichts!)

Die Steuern sind in Deutschland hoch; das wissen wir alle. Wir sind uns darüber einig, daß möglichst bald Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Nordrhein-Westfalen aber setzt noch einen drauf. Dieses Land war vor 20 Jahren unter allen Flächenländern der günstigste Standort, was die Höhe der Gewerbesteuer angeht. Innerhalb von 20 Jahren haben Sie es mit Ihrer Politik gegenüber den Kommunen geschafft, daß Nordrhein-Westfalen bundesweit heute das Land mit den höchsten Gewerbesteuerhebesätzen ist. Wer das für einen Erfolg hält, hat die Zeichen der Zeit offensichtlich nicht erkannt.

Wo sind die Aktivität des Wirtschaftsministers hin zu mehr Stabilität für die Gemeinden und wo seine Aufforderung, daß Gebühren und Steuern endlich für eine Zeit auf dem Niveau verharren müssen, auf dem sie sich befinden, wenn sie schon nicht gesenkt werden können?

Herr Minister Einert, Sie reden draußen im Land auf allen möglichen Veranstaltungen möglichst so, wie es der jeweilige Saal erfordert. Wo ist Ihr Einfluß, wo sind Ihre Reden innerhalb der SPD, wo ist Ihre Durchsetzungskraft in Ihrer Partei, um das auch umzusetzen?

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie kritisieren: Wir ersticken in Bürokratie. - Was tut Herr Einert? Er sagt das im März dieses Jahres und verkündet sechs Monate später im Wirtschaftsausschuß, daß er im Jahre 1993 einen Bericht über die Situation vorlegen wird. Das ist "reden und nicht handeln": Ein Jahr später soll ein Bericht vorgelegt werden. Aber: "Wir ersticken in Bürokratie."

In Nordrhein-Westfalen muß man einen Hürdenlauf durch die Instanzen, Verwaltungsebenen, Gesetze und Vorschriften machen. Niemand tut etwas, alle reden. Sie haben es doch in der Hand, wirklich etwas daran zu tun. Ich sage Ihnen: Nicht vereinfachen, sondern streichen ist das Gebot der Stunde. Denkwürdigerweise - schreiben Sie es doch einfach ab - können Ihre Kollegen in Baden-Württemberg das ja auch. Wir

(C)

bieten Ihnen an, daß wir wie in Baden-Württemberg mit Ihnen gemeinsam versuchen, diesen Punkt zu regeln.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

Abschaffen von Richtlinien gegenüber den Gemeinden heißt das Gebot der Stunde. Ich glaube, Sie würden in diesem Hause eine große Mehrheit finden, wenn Sie die vielfältigen Reglementierungen für die Städte und Gemeinden endlich abschaffen, ersatzlos streichen.

Das gleiche gilt für die Verwaltungsebene. Hier geht es nicht darum zu schauen, wie man etwas von hier nach da verschieben kann, sondern schlicht darum, mindestens eine Ebene abzuschaffen. Auch das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, Sie haben sich verschiedentlich zum Verkehr geäußert; da gibt es wirklich tolle Zitate. Im Dezember 1991 steht in der "Westdeutschen Zeitung" - ich unterstelle einmal, daß die Zeitung Sie richtig zitiert -: "Einert stimmt zu: A 44 muß her auf Tod oder Leben". Im Juni 1991: "Die Düsseldorfer Startbahn muß endlich verlängert werden." Einert im Oktober 1991 in der "Siegener Zeitung" zur A 4: daß die deutsche Einheit auch ein neues Nachdenken über West-Ost-Verkehrsachsen erfordere. Im April 1991 in der "Westfalenpost": "Einert fordert den Lückenschluß der A 46 zwischen Neheim und Menden."

(D)

Und was passiert in Nordrhein-Westfalen? - Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik und gibt für den Verkehr so wenig wie kein anderes Land aus, 600 Millionen DM für Landes- und Kommunalstraßen bei Einnahmen aus der Kfz-Steuer von 2,8 Milliarden DM! Wichtig zu wissen ist in diesem Zusammenhang: Nirgendwo in Deutschland gibt es so wenige Straßenkilometer pro tausend Einwohner wie in Nordrhein-Westfalen. Daher rühren unsere Staus und die volkswirtschaftlichen Schäden für unsere Wirtschaft.

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Ich fordere Sie auf: Tun Sie endlich etwas, damit die Ost-West-Verbindungen A 2, A 4 und A 44 endlich in die Gänge kommen, daß Transrapid vorangebracht wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihre Reaktion, meine Damen und Herren, bezeichnet genau das zentrale Standortproblem von Nordrhein-Westfalen.

Der Wirtschaftsminister redet draußen, die SPD-Fraktion lacht und verhindert hier drinnen im Landtag, daß etwas passiert, weil sie überhaupt nicht einsichtsfähig in die Problemlage unseres Landes ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen im Mai 1991 einen Runden Tisch zum Energiekonsens vorgeschlagen. Was ist passiert? Der Wirtschaftsminister wäre bereit gewesen. Er ist anschließend zurückgepiffen worden. Es ist nichts passiert. Ein Jahr, anderthalb Jahre sind verschenkt worden. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie uns jetzt endlich über die Sache reden.

(B) Meine Damen und Herren! Ich sage es Ihnen wirklich mit allem Ernst im Namen der CDU-Fraktion: Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit dieses Wirtschaftsministers - ich unterstelle einmal, daß er das alles so meint, wie er es draußen sagt - innerhalb seiner eigenen Partei ist ein Standorthindernis ersten Ranges für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Situation, in der wir nun wirklich konjunkturell und strukturell in Nordrhein-Westfalen große Probleme haben, entwickelt sich der Wirtschaftshaushalt in einer Art und Weise, wie es überhaupt nicht in die Landschaft paßt: 1991 5 % des Gesamthaushaltes, 1992 4,7 %, 1993 4 % des Gesamthaushaltes mit weiter sinkender Tendenz - und das, obwohl das Programm "Handlungsrahmen Kohlegebiete" insgesamt für die anderen Ministerien mit im Wirtschaftshaushalt veranschlagt wird, also auch Punkte, die in den Hochschulhaushalt gehören usw. Das heißt, der Haushalt ist noch optisch aufgebläht und ist im übrigen zur Hälfte vertraglich durch die Kohle verpflicht-

tet.

Meine Damen und Herren! Eine Konzeption im Bereich der Wirtschaftspolitik ist überhaupt nicht zu sehen: keinerlei Ansatz für eine umfassende Konzeption. Der Wirtschaftsminister versteht sich als Wirtschaftsförderungsminister für Teile des Landes. Ansonsten ist keinerlei Konzeption und Durchsetzungsfähigkeit erkennbar.

Wie lange wollen Sie das in diesem Land so weitermachen? Wir sind uns völlig einig in der Beurteilung dieser Situation mit dem DGB und mit den Arbeitgeberverbänden. Wenn beide zusammen mit der Opposition ihre Position in der Art und Weise kritisieren, wie es hier passiert ist, können Sie doch nun wirklich nicht ruhig bleiben - bei Worten vom DGB wie Aktionismus, Konzeptionslosigkeit und Gutsherrenart.

Der Präsident der Arbeitgeberverbände schreibt Ihnen noch in der letzten Woche ins Stammbuch - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus der "Neuen Rhein-Zeitung" -:

Wir haben leider den Eindruck, als spiele die Wirtschaft in den Gedankengängen vieler verantwortlicher Politiker oft nur eine untergeordnete Rolle. Da ist von "Hollywood am Rhein" und manchen anderen anspruchsvollen Dienstleistungsprojekten die Rede, aber viel zu selten von Gewerbeansiedlungen. Wir müssen uns deshalb darauf konzentrieren, die Strukturen unserer industriellen Basis zu verbessern.

Das ist der Kernpunkt. Herr Wirtschaftsminister, machen Sie doch endlich Ernst! Lassen Sie nicht zu, daß das Städtebauministerium die Gemeinden verleitet, nur noch Gewerbeparks anzulegen, wobei der Schwerpunkt auf Park liegt und nicht auf Gewerbe. Hier muß doch endlich in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen wieder Ernst gemacht werden

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Null Ahnung!)

mit Industrie- und Gewerbeflächen! Sie haben überhaupt nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Das werfe ich Ihnen vor.

Meine Damen und Herren! Zu den Genehmigungsver-

(C)

(D)

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

fahren: Warum fassen Sie denn das Thema nicht endlich konkret an? Lassen Sie uns doch beschließen, daß jeder Antrag, der nicht innerhalb von sechs Monaten definitiv begründet abgelehnt ist, als genehmigt gilt. Warum soll das in Brandenburg möglich sein und in Nordrhein-Westfalen nicht?

Lassen Sie uns doch sagen, wo eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist. Dann gehen wir auf zwölf Monate. Aber auch in der Zeit muß dann eine Genehmigung möglich sein. Es ist doch unglaublich, wie lange die Firmen hier bei uns warten müssen, wenn sie nur eine Lagerhalle oder eine Produktionshalle anbauen wollen.

Wir müssen auch bei den Industriebrachen endlich ernst machen und anschließend dafür sorgen, daß sie wieder genutzt werden können und daß sie dann so aufbereitet werden, daß möglichst viel mit den zustandekommanden Finanzen geschafft werden kann, die ja im Wirtschaftshaushalt zumindest nicht überproportional hoch sind. Da ist ja kein großer Ansatz außer nach dem Handlungsrahmen vorgesehen. Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie das für eine Lösung halten, daß man als erstes für die nächsten Jahre eine Agentur schafft und die mit 10 Millionen DM sponsert - dafür hätten Sie nun wirklich schon das erste Grundstück im wesentlichen in der Zeit mit aufbereiten können. Was da mit den ganzen Regionalkonferenzen passiert, das ist nun wirklich auch nicht der Weisheit letzter Schluß.

(B)

Wenn früher die Gemeinden darangegangen sind und Werbegebiete erschlossen haben, wird heute erst über die Regionalkonferenz eine Entwicklungsstudie für das Gewerbegebiet X/Y vorgetragen, die dann von Ihnen finanziert wird, um wieder für eine Zeitlang Ruhe zu haben, weil sie sich dann bei den Finanzen vielleicht besser stehen.

Das gleiche gilt für die berufliche Qualifizierung. Herr Wirtschaftsminister, wo sind denn Ihre Aktivitäten, daß die Durchlässigkeit aus dem Handwerk hin zu weiterer Bildung in Nordrhein-Westfalen stärker möglich ist? Wo sind Aktivitäten? Nicht Reden! Wo sind Ihre Aktivitäten, mit denen an die 4 000 Vorschriften im Umweltbereich mit Ihrer Hilfe herangegangen wird, mit denen die Deponierungs- und Verbrennungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen wirk-

(C)

lich vergrößert werden, damit wir nicht in einen Entsorgungsnotstand allerersten Ranges hineinlaufen?

Die wirkliche Situation in Nordrhein-Westfalen ist - leider Gottes - sehr, sehr ernst. Viele in der SPD scheinen es überhaupt nicht begriffen zu haben. Eine Fortschreibung der Landespolitik wäre wirklich das Allerletzte, was das Land gebrauchen könnte, um die nichtbewältigten Strukturprobleme und Handlungsanforderungen anzugehen.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, kommen Sie zum Schluß! Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Ich bin schon dabei, ja.)

- Danke.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Es gibt in Nordrhein-Westfalen - das ist leider festzustellen - überhaupt kein Konzept für Wirtschaftspolitik und darüber, wie dieses Land den Anschluß an die übrigen Bundesländer finden soll. Von der "Nummer 1" ist gar keine Rede mehr; um nur den Anschluß zu finden - selbst dafür gibt es kein Konzept.

(D)

Wir sagen nein zu diesem Wirtschaftshaushalt. Herr Wirtschaftsminister, wir fordern Sie auf: Gehen Sie endlich wieder dazu über, in den eigenen Kreisen zu reden und zu handeln und nicht draußen Schönwetter zu machen und zu reden und hier nichts, aber auch gar nichts umzusetzen!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Stüber das Wort.

Abgeordneter Stüber (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte über den Einzelplan 08 ist ja immer auch eine Debatte über die aktuelle Wirtschaftslage. Es ist das gute Recht der Opposition, zu kritisieren und Vorwürfe zu machen.

(A) (Stüber [SPD])

Aber, Kollege Meyer, die klarste Aussage, die ich von Ihnen gehört habe, war: "Nein zum Etat". Alles andere war ein solches Durcheinander, ein solcher Wirrwar, daß ich gar nicht begriffen habe, worum es Ihnen eigentlich geht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Um nur ein Beispiel zu nennen: Sie haben hier vom Städtebau, von der Verkehrspolitik, von der Wirtschaftspolitik gesprochen; die Bildungspolitik haben Sie, glaube ich, vergessen. Wenn das richtig ist, was Sie sagen, dann frage ich mich, warum wir uns um die Stadt Oberhausen, die nachgewiesenermaßen das dichteste Netz von Autobahnen und Autobahnanschlüssen hat, Sorgen machen. Es müßte eine blühende Stadt in Nordrhein-Westfalen, wenn nicht darüber hinaus sein.

Also, mit Autobahnkilometern allein kommen Sie nicht weiter. Auch die Zahl, die Sie genannt haben, ist völlig falsch. Erkundigen Sie sich bei Ihren Verkehrsexperten; der Kollege Dreyer sitzt ja in der Regel hinter Ihnen. Sie haben kritisiert; Sie haben den ganzen Wirrwar der letzten zwei Jahre, der immer wieder von Ihnen kommt, noch einmal zusammengegrührt, aber nicht eine einzige Alternative gebracht.

(B)

Dann will ich diesem Hause einmal mitteilen, wie das bei den Etatberatungen im Wirtschaftsausschuß gelaufen ist, bei denen es ja darum geht, Alternativen, andere Programme, andere Vorstellungen zu entwickeln. 52 Anträge hatten wir zu beraten. Nun ist Quantität nicht gleich Qualität. Der ehemalige Bundesarbeitsminister Walter Arendt hat immer gesagt: Wenn Masse gleich Klasse wäre, müßte eine Kuh einen Hasen fangen können. - Das ist Ihnen auch nicht gelungen. 52 Anträge! Die GRÜNEN haben - das will ich gerne zugeben - aus ihrer Sicht noch einigermaßen politisch argumentiert.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Danke schön!)

Sie haben Ihr gesamte Antragspaket vom letzten Jahr erneut vorgelegt. - Aus Ihrer Sicht! - Dem konnten wir nicht zustimmen, wie übrigens alle anderen Parteien auch nicht, weil die Anträge, die weitgehend

(C)

darauf hinauslaufen, unsere Industrie- und Wirtschaftsgesellschaft völlig auf den Kopf zu stellen, nicht unsere Zustimmung finden können.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Das gilt übrigens auch für Ihren Antrag, der heute hier vorliegt. Es ist ja der einzige Antrag, der heute im Plenum zur Beratung ansteht. Deswegen will ich gleich etwas dazu sagen. Es geht um die Forderung nach einer Abwärmeabgabe. Man mag ja in der Zielvorgabe ein bißchen Sympathie empfinden. Aber ich sage, wir werden trotzdem nicht zustimmen können, und zwar aus drei Gründen:

Erstens glaube ich, daß es nicht möglich und nicht sinnvoll ist, so eine Sache allein in einem Bundesland zu machen - allein schon aus Gründen der Konkurrenz und des Wettbewerbes.

Zweitens glaube ich, daß eine solche Abgabe organisatorisch, verwaltungsmäßig und von der Kontrolle her so kompliziert und aufwendig ist, daß sie auch aus diesem Grund nicht sehr sinnvoll ist.

Drittens - Kollege Vesper, ich bin bei Punkt drei - ist dies nur ein ganz kleiner Teilaspekt der Energiepolitik. Wir glauben, daß es sinnvoll ist - und dafür werden wir uns weiter einsetzen -, eine Energiesteuer oder eine Energieabgabe auf alle Energieträger zu erheben, weil nach unserer Auffassung nur eine Verteuerung der Energie dazu führen kann, unser Ziel zu erreichen, nämlich Energie rationeller und sparsamer einzusetzen und den erneuerbaren Energien stärker zum Durchbruch zu verhelfen.

(D)

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

Wenn uns das gelingt, könnte sich sogar das REN-Programm in weitesten Teilen erübrigen. - Das also zum Antrag der GRÜNEN.

Auch die F.D.P. hatte eine Reihe von Anträgen vorgelegt. Vor zwei Jahren kam sie mit dem Rasenmäher und wollte alles um 10 % kürzen. Vor einem Jahr hat sie gar nichts gemacht, sondern sich enthalten. Jetzt haben Sie von der F.D.P. einen neuen Rasenmäher mit unterschiedlichen Schnitthöhen: teils 10 %, teils 15 % Kürzung, und dann wollen Sie ein paar Pro-

(A) (Stüber [SPD])

gramme ganz streichen, immerhin Beratungshilfe für Arbeitnehmer, Frau und Wirtschaft, Modellversuche, Schuldendiensthilfe. Das soll alles total gestrichen werden. So die F.D.P.; das muß man einfach einmal sagen.

Wie seriös das ist, ersehen Sie daran: Da gibt es einen Vorschlag, die Förderung der Filmwirtschaft völlig zu streichen. Der F.D.P. ist da völlig entgangen, daß diese nur noch eine Auslauffinanzierung ist, weil das Programm im Wirtschaftsetat längst beendet ist. Dann wird ein solcher Antrag einfach kurzfristig zurückgezogen.

Die CDU hat einen Antrag vorgelegt, 30 Stellen in diesem Haushalt zu streichen - in einem Haushalt, in dem die Personalausgaben lediglich 4,7 % der Gesamtausgaben ausmachen. Wir liegen am untersten Ende, und da wollen Sie locker 30 Stellen streichen. Auf die Frage, warum, wieso, warum nicht 40 oder 20?, hieß es: Wir halten 30 für schick, das geht wohl, meinen wir.

(Widerspruch des Abgeordneten Meyer [Hamm]
[CDU])

(B) Dann gibt es Kürzungsvorschläge. Ich will auch hier einmal ein Beispiel nennen, um die Seriösität zu unterstreichen: Bei der nachgeordneten Bergverwaltung soll gekürzt werden - bei einem Gesamtetat von über 8 Millionen - um 160 324 DM. Die 50 Pfennig, Herr Kollege Meyer, haben Sie vergessen. Dann wollten Sie im Kohlehandlungsrahmen den Titel "Erwerb von Gelände und Flächen" streichen, aber einen neuen Titel einführen, der heißen soll: "Erwerb und Nutzbarmachung von Gewerbe- und Industrie Flächen". Er sollte mit 896 880 DM - da haben Sie wieder die 50 Pfennige vergessen - ausgestattet werden.

Selbst bei Nachfragen in internen und interessierten Fachkreisen taucht die Frage auf: Was soll denn mit so einem Titel mit so einer läppischen Summe erreicht werden? Einerseits streichen, dort wo es sinnvoll ist, und andererseits hier einen neuen Titel einrichten - das ist eine reines Showgeschäft. Die Seriösität dieser Anträge spricht für sich. Die Tatsache, daß nicht ein einziger von diesen Anträgen - außer dem Antrag der GRÜNEN, den ich gerade genannt

(C)

habe - das Plenum erreicht hat, spricht ja auch wohl für Ihre eigene Beurteilung.

Ich will etwas zur aktuellen Wirtschaftslage sagen, die ja auch das heutige Thema ist. Ich will ohne Schönfärberei, aber auch ohne Dramatisierung feststellen, daß wir in Deutschland - ich sage bewußt: in Deutschland - vor einer tiefgreifenden Rezession stehen. Es gibt zwei Ursachen dafür: Da ist einmal die schlechte Weltmarktnachfrage, von der natürlich Nordrhein-Westfalen wegen seiner starken Exportabhängigkeit besonders betroffen ist. Zum anderen ist die nachlassende Binnenkonjunktur dafür mitverantwortlich.

Jetzt rächt sich, Herr Kollege Meyer - und darüber sollten wir einmal reden -, daß die Bundesregierung mit ihrer Schuldenpolitik den Staat inzwischen konjunkturpolitisch handlungsunfähig gemacht hat.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch des
Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.])

Und es rächt sich, daß die Bundesregierung uns in eine tiefe Finanzkrise geführt hat. Das ist doch gar nicht zu leugnen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Die Wiedervereinigung!)

(D)

Der Spielraum, der Finanzspielraum, den wir jetzt brauchen, um aktive Konjunkturpolitik zu machen, ist leider bereits mehrfach verfrühstückt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Den habt
ihr verfrühstückt!)

- Bonn hat uns in die Schuldenfalle getrieben, Herr Kollege Linssen. Darüber sollten wir einmal reden.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen jetzt vor einer ganz schlimmen Situation,

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Wollen
Sie die Wiedervereinigung rückgängig machen?)

vor der schlimmen Situation, daß das klassische Ge-

(A) (Stüber [SPD])

gensteuern gegen eine solche abflauende Konjunktur durch höhere Staatsausgaben völlig unmöglich ist.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Noch lange nicht!)

Im Gegenteil: Wir können zur Zeit nur durch eine drastische Einsparpolitik und damit eine dauerhafte Senkung der Zinsen den Weg für mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze freimachen. - Wenn das lachhaft ist, Kollege Rohde, dann sollten Sie Alternativen aufzeigen und nicht grinsen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Ich denke nur, daß Sie ständig die Wiedervereinigung leugnen!)

Zu dem, was uns die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren beschert hat, zähle ich Ihnen ein paar Fakten auf. Unter der Regierung Kohl ist die Staatsverschuldung um sage und schreibe eine Billion - das ist eine Eins mit zwölf Nullen, wenn ich es richtig sehe - gestiegen. Sie betrug 1982 675 Milliarden DM, sie beträgt Ende 1992 1,7 Billionen DM.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Hört, hört!)

(B) Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Bundesregierung in diesem Zeitraum - das kommt erschwerend hinzu - über 100 Milliarden DM Bundesbankgewinne eingestrichen hat. Die staatlichen Zinszahlungen sind seit 1982 um 155 % gestiegen; sie betragen heute mehr als 128 Milliarden DM.

Jede fünfte Steuermark wird heute für Zinsen ausgegeben. Die Steuer- und Ausgabenbelastung steigt immer weiter. Sie ist inzwischen um 10 % auf 44 % angewachsen. Die Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern liegt mittlerweile bei über 1,8 Millionen; in ganz Deutschland sind - dabei muß man die arbeitsmarktpolitische Auffangpositionen, die es durchaus gibt, einbeziehen - 4,6 Millionen Menschen ohne einen regulären Arbeitsplatz.

Auch die Armut in Deutschland nimmt ständig zu. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich seit 1982 in den alten Bundesländern von 2,3 auf jetzt 4,2 Millionen Menschen, die in Armut leben, fast verdoppelt.

(C)

Ich ziehe daraus das Fazit: Die wirtschaftliche Situation hat sich vor allem seit der Deutschen Einheit - Herr Kollege Rohde, da haben Sie recht - rapide verschlechtert. Es hat keinen Zweck, davor die Augen zu verschließen. Der Bund hat mit seiner Wirtschaftspolitik den Glücksfall der deutschen Einheit zu einem Schadensfall für die gesamte Republik gemacht.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Hunger [SPD]: So ist es!)

Der versprochene Wirtschaftsaufschwung im Osten ist völlig ausgeblieben. Dafür hat der Wirtschaftsabschwung im Westen dramatisch eingesetzt.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Bund ist mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik das größte Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, allerdings gibt es dort, wo Schatten ist, auch Licht. Ich will Ihnen deshalb wenigstens einen positiven Aspekt nicht vorenthalten. Mein Eindruck ist, daß man sich inzwischen bundesweit zumindest in Fragen der Industriepolitik auf einen allmählichen Kurswechsel eingestellt hat. Letzte Woche hat der Bundeskanzler ausdrücklich erklärt, daß in den Bundesländern - es geht dabei um die neuen Bundesländer - jetzt endlich industrielle Kernbereiche mit Hilfe des Staates erhalten bleiben sollen. Also wird anscheinend der alte ortholiberale Grundsatz "Privatisieren geht vor Sanieren" allmählich aufgegeben.

(D)

Als Beispiel - meine Damen und Herren, hören Sie gut zu - für eine gezielte staatliche Industriepolitik wird immer häufiger auf Modernisierung des Ruhrgebietes verwiesen. Der Bundeskanzler selbst hat im Sommer das Ruhrgebiet als ein positives Beispiel für das genannt, was in neuen den Ländern erreichbar sein müßte. Sehr beachtlich! Möglicherweise hat dieser Ruf den Kollegen Meyer nicht erreicht.

Es deutet also einiges darauf hin, daß sich die Bundesregierung - wenn auch langsam - in ein paar wirtschaftspolitischen Ansätzen der SPD nähert. Ich finde, diese Entwicklung kommt zwar spät; aber möglicherweise nicht zu spät.

(A) (Stüber [SPD])

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Schwe-
ricke [CDU])

- Ich beziehe mich auf den Bundeskanzler, da sollten Sie nicht protestieren, Herr Kollege. Wenn das Ruhrgebiet mittlerweile ein Vorbild für gelungene Modernisierungsstrategie geworden ist, bedeutet dies für uns die große Hoffnung, daß wir in Nordrhein-Westfalen die wirtschaftliche Rezession, von der ich eingangs sprach, einigermaßen glimpflich überstehen können.

Nicht umsonst sagen auch die Industrie- und Handelskammern des Reviers in ihrem letzten Kammerbericht, daß das Ruhrgebiet heute viel weniger konjunkturenfällig sei als früher. Sie führen aus, daß die heutige Branchenvielfalt im Revier hoffen läßt, daß das Revier seine konjunkturellen und strukturellen Probleme weit besser meistern könne als in früheren Zeiten. Ich stelle also fest, daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer gezielten staatlichen Industriepolitik weit verbreitet wächst. Es wird auch höchste Zeit, daß wir von dieser alten, ideologisch geprägten Borniertheit Abschied nehmen, nur der Markt allein werde alles regeln.

(B) Allerdings - das will ich an dieser Stelle auch deutlich sagen, meine Damen und Herren - wird es Zeit, daß die Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter für Verteilungskämpfe und einseitige Gruppeninteressen instrumentalisiert wird. Die Standortdebatte ist bisher von interessierter Seite lediglich für Verteilungsauseinandersetzungen mißbraucht worden. Die Einlassungen des Kollegen Meyer zur Tarifautonomie waren dafür ein weiterer Beleg.

Für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland brauchen wir jedoch keine einseitige Durchsetzung von Gruppenegoismen, sondern wir brauchen mehr Gemeinschaftsinitiativen, Gemeinschaftsstrategien. Dort, wo der Markt überfordert ist, sind gemeinsame strategische Entscheidungen zu treffen, müssen Wirtschafts- und Technologiepolitik klare Rahmendaten setzen und neue Orientierungen geben.

Der Haushalt des Wirtschaftsministers für 1993 leistet dazu einen Beitrag. Zugegeben: Auch der Wirtschaftsminister mußte - wie alle anderen - seinen Sparbeitrag zum Landeshaushalt leisten. Die Aus-

(C)

gaben im Einzelplan 08 sind gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 % zurückgegangen. Dennoch können wir mit diesem Haushalt unsere Politik der gezielten Modernisierung und Strukturerneuerung fortsetzen.

Mit dem Handlungsrahmen Kohlegebiete fördern wir in den am stärksten betroffenen Kohlerückzugsgebieten den Wandel mit insgesamt 2 Milliarden DM. Daneben konzentriert sich der Haushalt des Wirtschaftsministers auf eine ganze Reihe operationeller Handlungsfelder, die ich nur stichwortartig nennen will, weil meine Redezeit zu Ende geht:

- regionale Wirtschaftsförderung,
- gezielte Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben, die in diesem Lande ein wichtiger Motor des Strukturwandels sind,
- Technologieförderung des Landes,
- berufliche Aus- und Weiterbildung,
- Förderung neuer regenerierbarer Energien und rationeller Energieverwendung; das ist das sogenannte REN-Programm, das entgegen allen Behauptungen nicht gestoppt, sondern lediglich ausgesetzt worden ist. 1988 hatten wir 14,7 Millionen DM. Im nächsten Jahr werden wir mit 48 Millionen DM dafür 16 Millionen DM mehr als im Vorjahr ausgeben.

(D)

Wegen der Flut der Anträge haben wir lediglich eine Auszeit genommen und überlegen zur Zeit, wie wir dieses Programm in bezug auf Förderhöhe, Fördertatbestände und Fördermodalitäten auf einen neuen und zukunftsträgigen Standard stellen können.

Ein weiterer Punkt der Handlungsfelder ist die Förderung der Außenwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das sind Aspekte, über die wir gemeinsam reden können. Das wäre hilfreich, sinnvoll und läge im Interesse des Landes. Ich biete Ihnen dieses Gespräch ohne Tabus an. Wir sollten diese Gespräche ehrlich, fair und im Interesse des Landes miteinander führen.

Herr Kollege Rohde, jetzt möchte ich auch Sie ansprechen: Das ist auch Ihr Interesse. Wenn das aber Ihr Interesse ist, muß sich dies in der Praxis bewähren. Dann macht es keinen Sinn, daß man sich in

(A) (Stüber [SPD])

kleinen Kreisen möglicherweise mit ein paar schwierigen Tabuzonen beschäftigt, diese miteinander diskutiert und nach Lösungen sucht, wenn eine Partei dann nichts Eiligeres zu tun hat, als aus diesem Thema über Nacht und als Schnellschuß Anträge zu produzieren und in diesem Plenum einzureichen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Welcher Antrag?)

Dann stellt sich nämlich die Frage: Geht es hier um Schlagzeilen oder um die Lösung in der Tat anstehender Probleme?

Wollen wir ehrlich miteinander umgehen, dann bitte ich darum, diese Themen so zu behandeln, daß sie einer Lösung zugeführt werden, nicht aber nur Schlagzeilen produziert werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Kollege Stüber. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Tschoeltsch.

(B) **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir den Haushalt des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen ansehe, so muß ich feststellen, daß die Landesregierung offensichtlich auf die dramatischen Veränderungen der Wirtschaftslage in Deutschland und somit auch in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Revier überhaupt nicht reagiert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Doch zunächst sollte man sich die Frage stellen: Was ist eigentlich die Aufgabe der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen? Ich will Sie jetzt nicht mit einer Aufzählung langer Zahlenkolonnen strapazieren und langweilen, jedoch auf eine Stellungnahme in der "Rheinischen Post" vom 10.12. besonders hinweisen; darin heißt es:

Unternehmensberater Berger: 1 Million Arbeitsplätze gefährdet

(C)

Der Unternehmensberater Roland Berger befürchtet für 1993 einen massiven Einbruch der deutschen Wirtschaft.

Dann heißt es weiter:

(Er) rechnet mit einem Rückgang der Industrieproduktion im nächsten Jahr, der 3 bis 5 % erreichen könnte. 1993 und 1994 würden zu den schwierigsten Jahren.

Die Rezession werde von einer Strukturkrise überlagert, deren Ausmaß viel ernster als Anfang der 80er Jahre sei. Der Verlust der Ostmärkte treffe nicht nur die ostdeutschen, sondern auch die westdeutschen Unternehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht dieser sich anbahnenden wirtschaftlichen Krise wächst die Unruhe nicht nur bei den Arbeitnehmern, die um ihre Arbeitsplätze bangen, sondern auch bei vielen Gewerbetreibenden, die ihre Existenz bedroht sehen.

Spätestens vor diesem Hintergrund wird klar, daß es nicht Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein kann, überholte Wirtschaftsstrukturen zu stützen und dadurch zu konservieren. Aber noch weniger kann es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, nach dem Gießkannenprinzip finanzielle Wohltaten zu verteilen.

(D)

Das sagen übrigens die Unternehmer selbst. Ich erinnere, meine sehr verehrten Damen und Herren, an die vernichtende Kritik des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) zur Wirtschaftsförderpraxis in Nordrhein-Westfalen. Herr Meggers als Vorsitzender der ASU sagte im Hearing am 18.11.1991:

Bitte beachten Sie deshalb zum Schluß unseren Appell: Subventionen schaffen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmungen. Der Mitnahmeeffekt ist aus meiner persönlichen Sicht der Haupteffekt; denn Geschenke nimmt jeder gern.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Dem wäre eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie, Herr

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

Minister Einert, haben wohl selbst ein schlechtes Gewissen; denn unsere Große Anfrage zur Wirksamkeit von Förderprogrammen, im Sommer dieses Jahres gestellt, beantwortet die Landesregierung erst Ende Dezember 1992, also nach Verabschiedung des Haushalts. Ich kann das nur so sehen, daß die Landesregierung ganz bewußt verhindern will, daß wir die Erkenntnisse aus der Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage dann auch noch für den Haushalt 1993 umsetzen können. Herr Minister, sehr schade! Wir hätten gern anders gehandelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme auf die eingangs gestellte Frage nach der Aufgabe der Wirtschaftspolitik zurück. Alle ernstzunehmenden Wirtschaftswissenschaftler und erfahrene Unternehmer sind der Ansicht, daß die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, stabile und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die wirtschaftlichen Antriebskräfte frei entfalten können. Ich sage Ihnen auch aufgrund meiner Erfahrungen als selbständiger Unternehmer: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur; wir müssen die Altlastensanierung vorantreiben; wir müssen die diversen Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigen und die Investitionen in "human capital" verstärken.

(B) (Zustimmung bei der F.D.P.)

Die F.D.P. hat seit 1985, seit Rückkehr in den Landtag, immer wieder diesbezügliche Anträge gestellt. Sie alle sind unter der Meinungsführerschaft des Wirtschaftsministeriums zunächst abgelehnt worden. Warum eigentlich? An dieser Stelle muß ich auf die Broschüre einer bedeutenden, gesellschaftlich relevanten Gruppe verweisen. Das ist eine ganz interessante Broschüre, die vor einigen Tagen herausgegeben wurde: "Und sie bewegt sich doch!" Herr Minister, Sie sollten das einmal nachlesen. Darin steht nämlich, was die F.D.P. in diesen Anträgen immer angeregt hat

(Lachen des Ministers Einert)

und was zunächst von Ihnen und der SPD abgelehnt wurde. Sie können dann - und auch für die anderen ist das hochinteressant - schön erkennen, was doch nach einiger Zeit ansatzweise umgesetzt wurde. Ich

(C)

empfehle Ihnen diese Schrift, damit Sie auch noch einmal sehen, wer der Impulsgeber für viele Initiativen in Nordrhein-Westfalen war.

(Beifall bei der F.D.P.)

Doch zurück zum Haushalt! Ich stimme völlig mit dem überein, was Kollege Laurenz Meyer sagte: Ein schlüssiges wirtschaftspolitisches Konzept in Ihrem Haushalt, Herr Minister, ist nicht zu erkennen. - Das geht eben nicht nur uns beiden so, sondern vielen im Lande. Wenn wir nur diese Meinung hätten, dann müßten wir ja selbstkritisch sein und uns fragen, ob es nicht an uns liegt, daß wir das nicht verstehen. Aber es sind eben sehr viele im Lande, die dieses Konzept nicht erkennen, und es ist auch nicht vorhanden.

Sie werden wahrscheinlich in Ihrem Beitrag wieder auf die bekannte Formel "Förderung des Strukturwandels durch Qualifikation und Technologieförderung" verweisen. Das ist ja das Hauptthema, das Sie hier immer vortragen.

Ich möchte an der Stelle noch einmal etwas zur Technologieförderung sagen. Herr Minister, glauben Sie denn wirklich im Ernst, daß der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen mit dem Haushalt, in dem rund 150 Millionen DM pro Jahr für Technologieförderung umgesetzt werden, einer Technologie zum Durchbruch verhelfen kann, wenn diese 150 Millionen DM auf viele Unternehmen verteilt werden? Also, ich habe ernste Zweifel und stütze mich auf das, was Herr Meggers in dem Hearing gesagt hat. Herr Minister, das sind alles Mitnahmeeffekte!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Natürlich kommen die Unternehmen auch zu Ihnen, zu mir und zu anderen und sagen: Kümmere dich doch einmal darum. Da ist ein Antrag unterwegs. Ich möchte auch noch einen Zuschuß haben.

Wenn der Staat das schon als Mitnahmeeffekt anbietet, wäre ein Unternehmer dumm, wenn er nicht auch noch den Antrag stellen würde, um die Mittel einzukassieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D)

(A) (Tschöeltch [F.D.P.])

Aber er selbst würde natürlich die Technologie fördern und ihr zum Durchbruch verhelfen, weil er überzeugt ist, daß nur so die Zukunft seines Unternehmens gesichert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade bei einem Sparhaushalt - das soll dieser Haushalt an und für sich sein - muß man diese Haushaltsposition wirklich ernsthaft überprüfen.

Herr Stüber, es fällt Ihnen immer schwerer, und es ist auch nicht ganz einfach für Sie, die Opposition zu kritisieren. Es geht im ersten Jahr noch gut, wenn Sie sagen, da gehe die F.D.P. nach der Rasenmähermethode mit 10 % an alle Förderprogramme heran; das könne doch nicht richtig sein.

Darüber kann man streiten; es ist der dann noch einfachste Weg. Wir haben es uns für dieses Jahr schwerer gemacht. Wir sind Haushaltsposition für Haushaltsposition durchgegangen, und dann meinen Sie, daß wäre jetzt ein Rasenmäher mit unterschiedlicher Schnitthöhe zwischen 10 und 15 %. Diese Äußerung macht deutlich, daß Sie unsere Anträge überhaupt nicht gelesen haben.

(B) (Abgeordneter Stüber [SPD]: Aber selbstverständlich!)

Wenn ich mit einem Rasenmäher über eine Fläche gehe, dann rasiere ich alles ab, was auf dieser Fläche steht, und habe eine bestimmte Schnitthöhe. Das verstehen Sie doch? - Das unterstelle ich einfach einmal.

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit des Abgeordneten Stüber [SPD])

Wenn wir uns bei den vielen Hunderten von Haushaltspositionen uns einige wichtige herausnehmen und nur dort kürzen

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Zum Beispiel bei der Filmwirtschaft!)

zwischen 10 und 100 %, dann hat das doch mit einem Rasenmäher überhaupt nichts mehr zu tun. Nein, Sie müssen sich einmal mit den einzelnen Positionen auseinandersetzen.

(C)

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Ich biete Ihnen eine Wette an, Herr Stüber: Wir haben in diesem Jahr den Vorschlag gemacht, Technologieprogramme um 50 % zu kürzen. Diesen Vorschlag haben Sie wie alle Anträge von uns abgelehnt. Und dann wollen wir uns einmal die Haushalte in den nächsten zwei bis drei Jahren ansehen. Ich werde Sie dann aus der heutigen Sitzung zitieren, und wir werden dann feststellen, daß die Landesregierung mit Ihrer Unterstützung in den nächsten Jahren diese Programme kürzen wird. Diese Wette bieten ich Ihnen an.

(Zuruf von der SPD)

Üblich ist: Die F.D.P. liefert die Idee, die Idee wird abgelehnt, und zwei Jahre später kommt sie dann als SPD-eigenes Produkt wieder auf den Markt. Das nennt man in der Wirtschaft "abkupfern".

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU])

Manche können sich lange halten - auch in der Wirtschaft -, das geht dann eine Zeitlang gut, aber plötzlich ist es aus. Dann reicht es nicht mehr. Und beispielsweise hier reicht es dann ebenfalls nicht mehr für die Mehrheit. Das ist ja dann auch ein Gesetz der Marktwirtschaft, auf die wir natürlich setzen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Punkt zur Privatisierung! Mit ihr tun Sie sich ja sehr schwer. Auch in dem Punkt werden wir es erleben: Wir haben den Vorschlag im Ausschuß eingebracht, das Staatliche Materialprüfungsamt in Dortmund zu privatisieren.

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Wo ist der Antrag?)

- Den haben wir doch eingebracht! Sie haben ihn abgelehnt, wie Sie alle Anträge abgelehnt haben.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Aber die wissen nicht, was Sie ablehnen! - Gegenruf des Abgeordneten Stüber [SPD])

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

Aber wir werden uns wieder sprechen. Ich sehe nämlich nicht ein, daß mit den nordrhein-westfälischen Steuerzahlern Unternehmen subventioniert werden, die dort ein Material, ein Produkt prüfen lassen. Das sollen die Unternehmen gefälligst selber bezahlen, und zwar in voller Höhe sollen sie es tun. Hier werden also wieder mit der Gießkanne Subventionen verteilt. Wir bringen dann die Anregung, und manchmal geht es bei der Mehrheitsfraktion und auch bei dem Minister sogar schnell. Sie stellen dann fest, dort wäre vielleicht noch ein Einsparpotential, also erhöhen wir schnell die Gebühren etwas.

Sie haben zwar ganz schnell reagiert, aber Sie sind nicht weit genug gesprungen, Herr Minister. Privatisieren Sie den ganzen Laden, dann ersparen Sie dem Steuerzahler viel Geld! Ich bin sicher, daß die Unternehmer von einem nichtstaatlichen Amt flexibler, schneller und besser bedient werden als von einer Bürokratie, wie wir sie noch haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eines nicht ganz verstanden, als Sie, Herr Stüber, vorhin am Schluß Ihres Beitrages sagten, es wäre gut - so habe ich es verstanden -, wenn wir uns im kleinen Kreis auch über schwierige Probleme unterhalten und keine Tabus kennen. Dafür sind wir.

(B)

Aber daß Sie uns dann vorwerfen, daß wir aufgrund dieser Gespräche irgendwie etwas in die Öffentlichkeit bringen, habe ich nicht ganz verstanden. Vielleicht können Sie darauf noch eingehen. Sie warfen uns vor, daß wir mit einem Antrag ins Plenum gehen. Ich weiß zwar nicht, was Sie damit meinen, aber es muß doch auch eine Auswirkung haben, wenn wir ein Problem in nichtöffentlicher Sitzung erörtern und abwägen, wie man etwas verändern kann, und es ist doch dann völlig legitim, daß wir im Lichte dieser Erkenntnis auch der staunenden Öffentlichkeit mitteilen, was wir wollen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Tschoeltsch, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schwericke zulassen?

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ja, gern!)

Bitte schön.

Abgeordneter Schwericke (CDU): Herr Abgeordneter Tschoeltsch, ich habe nur eine Frage an Sie: Halten Sie es nicht für möglich, daß die SPD-Mehrheit den Vorschlägen der CDU- und F.D.P.-Fraktion schon in einem Jahr folgen würde und nicht erst in zwei Jahren, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse sie dazu zwingen werden?

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Über diesen Zeitablauf können wir, Herr Dr. Schwericke, natürlich nur spekulieren. Aber eines ist klar: Wenn die Mehrheit nicht weiß, wie es weitergeht, und sie ratlos ist, muß sie einen Rat annehmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Und der deutschen Wirtschaft und den Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen wird es helfen, wenn die SPD dann die Ratschläge der Opposition annimmt, und zwar je schneller, desto besser.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tschoeltsch, ich habe eine erfreuliche, wenn auch seltene Übereinstimmung zwischen Ihnen und den GRÜNEN entdeckt.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Da muß ich aufpassen!)

Wir sind nämlich auch gegen diese Milliarden-Subventionitis in Nordrhein-Westfalen.

(C)

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich will noch eine Zahl ergänzen: Die Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, die bei subventionierten Unternehmen durchgeführt wurde, hat ergeben, daß 84 % der subventionierten Unternehmen der Meinung sind, daß diese Subventionen für ihre Investitionsentscheidung keinerlei Bedeutung hatten. Das muß man sich einmal vorstellen! Das Land vergibt Milliardenbeträge, und 84 % der Begünstigten sagen selber: Eigentlich war das überflüssig. Ich glaube, katastrophaler kann ein Ergebnis für eine solche Subventionspolitik, die Milliarden kostet, nicht ausfallen.

(Zustimmung des Abgeordneten Kreutz [GRÜNE])

Die Position der CDU ist mir in diesem Zusammenhang noch nicht ganz klar geworden. Denn wenn auch die klassische Wirtschaftspartei - neben der F.D.P. auch die CDU - offensiv gegen diese Subventionitis auftreten würde, dann könnte man hoffen, daß sich dann auch die SPD allmählich bewegt, zumal wir in Nordrhein-Westfalen wirklich bewegende Finanzsorgen haben. Es ist ja nicht so, als hätten wir zuviel Geld; vielmehr haben wir eigentlich zu wenig Geld.

(B) Ich will mich aber meinem Hauptthema widmen, der Energiepolitik.

Herr Stüber, Sie haben gerade gesagt, das REN-Programm sei nicht gestoppt worden, es sei lediglich ausgesetzt worden. Sie hätten eine Auszeit genommen.

Wir haben im Bereich rationeller Energienutzung in den letzten Jahren einen Rückgang der Fördersummen erlebt, der beispiellos ist. Wir hatten in 1986 200 Millionen DM für rationelle Energienutzung. Jetzt, im Haushalt 1993, sind es gerade noch 80 Millionen DM, die für diesen Bereich zur Verfügung stehen, und das angesichts von Waldsterben und drohender Klimakatastrophe! Das ist ein Armutszeugnis.

Und jetzt, in dieser Situation, Herr Stüber, wird das REN-Programm ausgesetzt. Das heißt: Tausende von umweltbewußten Antragstellern werden frustriert, werden auf irgendeinen Termin Ende 1993/94 verwiesen; keiner weiß wann. Damit ist dieses Programm ein Stück weit ruiniert, vielleicht sogar end-

gültig ruiniert - das wissen wir nicht.

Wir haben dieses Thema während der Haushaltsberatung oft angesprochen. Es war einer der Hauptpunkte. Es geht um ein paar Millionen Mark mehr, um das REN-Programm weiterführen zu können. Dazu waren Sie nicht bereit, während Sie gleichzeitig 55 Millionen für Straßenneubau ohne weiteres bereit waren auszugeben, ohne Deckung dafür zu haben.

Also, Herr Stüber, es tut mir leid. Das verstehe ich wirklich nicht. Es ist eine katastrophale Entwicklung, weil der Betrieb von Wind- und Wasserkraftanlagen heute einzelbetrieblich nicht rentabel ist, wohl aber gesamtwirtschaftlich, volkswirtschaftlich, wenn man die Folgekosten der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs mit einberechnet. Um die gesamtwirtschaftlichen Kosten richtig abzubilden, müßten zum Beispiel Windkraftanlagen mit 12 Pfennig pro erzeugter Kilowattstunde gefördert werden.

Dafür ist bei Ihnen aber kein Geld vorhanden: Klimakatastrophe hin - 30-%-Ziel bei der CO₂-Reduktion her! Das ist für mich, für uns GRÜNE ein energiepolitischer Offenbarungseid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Es kommt aber noch etwas hinzu, denn zeitgleich hat der Finanzminister, der, wenn ich es richtig sehe, im Moment leider nicht anwesend ist, mitgeteilt, daß das Milliardengrab THTR, sprich: der Atomreaktor Hamm-Uentrop, in diesem Jahr weitere 170 Millionen DM verschlungen hat. Weitere 170 Millionen DM für den THTR, nämlich neben den 90 Millionen DM, die er uns im Nachtragshaushalt 1992 mitgeteilt hat, dann schon zu Anfang des Jahres weitere 78,8 Millionen DM, und zwar ohne das Parlament zu informieren. Die Landesregierung hat also 170 Mio DM für den THTR übrig, während für das REN-Programm angeblich kein Geld da ist. Ich finde, das ist eine traurige Realität.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Unglaublich ist das!)

Unabhängig von der rechtlichen Würdigung dieses Vorganges - wir GRÜNEN erwägen eine weitere Verfassungsklage gegen Herrn Finanzminister Schleu-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

ber - zeigt sich wieder einmal die Nachgiebigkeit der Landesregierung gegenüber der Atomlobby. Das Land zahlt und zahlt und zahlt, und die Energiekonzerne halten sich vornehm zurück. Es wird angesichts dieser Tatsache doch dringend Zeit, daß die Frage der Durchgriffshaftung gegenüber den THTR-Gesellschaften - das sind in erster Linie die VEW - gestellt wird.

Letzte Woche nun gab es den mittlerweile berühmten Brief von RWE und VEBA an den Bundeskanzler, der in der Presse - aus meiner Sicht vorschnell - als Rückzug aus der Atomenergie gewertet wurde.

Natürlich bewerten wir es als einen Erfolg, daß die Industrie selber die Zweifel an der Atomenergie in die Öffentlichkeit trägt. Das ist klar.

Herr Farthmann hat es aber am 7. Dezember dieses Jahres so kommentiert - ich zitiere -:

Die Stromversorger ziehen die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß es für die Kernenergie in der Gesellschaft keine Akzeptanz gibt.

(B) Herr Farthmann, "keine Akzeptanz der Kernenergie in der Gesellschaft", das ist wohl richtig. Aber haben die die logische Konsequenz gezogen? - Ich glaube, schön wärs! Wenn man sich den Text genauer anschaut, dann bleiben einem die wahren Absichten nicht länger verborgen. Ich nenne drei wesentliche Punkte.

Die AKW-Betreiber wollen die Regelbetriebsdauer der heute betriebenen AKW verlängern. Gedacht ist an 35 bis 40 Jahre, während man zur Zeit von 20 Jahren ausgeht; also fast eine Verdoppelung der Lebensdauer der vorhandenen AKW.

Zweiter Punkt! Die AKW-Betreiber wollen den Entsorgungsnachweis aufweichen, nämlich: Bis zur Verfügbarkeit eines geeigneten Endlagers - das kann ja, wie wir alle wissen, noch lange dauern - soll die Lagerung der Atomabfälle in Zwischenlagern geduldet werden. Ich zitiere aus diesem Papier:

Der Nachweis vorhandener Zwischenlager gilt bis zur Schaffung eines Endlagers als Entsorgungsnachweis.

(C)

Das ist doch ungeheuerlich! Gerade der fehlende Entsorgungsnachweis ist doch heute der entscheidende politische Hebel für die Stilllegung von AKW.

Und der dritte Punkt! Die AKW-Betreiber wollen die heutige Großkraftwerksstruktur in alle Ewigkeit fort-schreiben. Ich zitiere wieder:

Die entsprechende Leistung

- nämlich für stillzulegende AKW -

ist zuvor alternativ verfügbar zu machen.

Damit wird das Vordringen rationeller Formen der Energienutzung und der Energieeinsparung, insbesondere auf kommunaler Ebene, unterbunden zugunsten der Großkraftwerksplanung der Energiekonzerne.

Wo da ein Kompromiß liegen soll, ist schleierhaft. Herr Einert, vielleicht können Sie das aufklären. Die "Frankfurter Rundschau" hat dann auch zu Recht betitelt: "Ausstieg aus dem Ausstieg" und hat in diesem Zusammenhang von einem atompolitischen Petersberg der SPD gesprochen. Ich glaube, dieses Petersberg II der SPD droht sehr konkret.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das hätten Sie gern!)

(D)

- Ja, ich komme sofort auf den Landtag. Ich will einige Vorgänge in Erinnerung rufen. Wir hatten hier am 11. Juli 1991 - vor 1 1/2 Jahren - eine Debatte zu diesem Punkt. Dazu lag ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2056 vor, wo es genau um diesen Punkt ging, nämlich die Gefahr einer Verlängerung der Betriebsdauer von AKW. Wir wollten die Landesregierung auffordern zu erklären, daß sie eine solche Verlängerung nicht genehmigen wird. Die SPD-Fraktion hat das ohne Begründung abgelehnt.

Dann will ich Ihnen einen zweiten Punkt vorhalten. Der damalige umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Harald B. Schäfer - ich denke, den meisten bekannt - hat den neuen energiepolitischen Konsens an der Frage einer verlängerten Betriebsdauer der heute betriebenen AKW festgemacht. Das können Sie in der "Zeit" vom 06.03.1992 - also

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

vor einem Dreivierteljahr - nachlesen. Ich zitiere Herrn Schäfer:

Wir sind bereit, über die Atomenergie zu reden, aber nur über die Laufzeit der bestehenden Reaktoren, also über das Tempo des Ausstiegs.

Genau das steht jetzt zur Diskussion.

Wir erinnern uns auch an den Vorstoß der Reaktorsicherheitskommission, die nämlich die Qualitätsstandards für bestimmte, dem Verschleiß unterliegende Teile von Atomkraftwerken senken wollte. Dieser Vorstoß wurde damals von Joschka Fischer, also dem Umwelt- und Energieminister Hessens von den GRÜNEN, öffentlich gemacht und damit verhindert.

Dann haben wir noch die Novelle des Atomgesetzes, die in Bonn vorliegt. Ich erinnere daran, daß hier das Entsorgungsdesaster der Atomwirtschaft auf dem rechtlichen Wege entschärft werden soll. Die SPD-Länder, also auch die SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, haben die Möglichkeit, dieses Atomgesetz zu verhindern, weil die SPD-Länder im Bundesrat die Mehrheit haben und weil sie nach Art 74 Nr. 11 a GG hier ein zustimmungspflichtiges Gesetz vorliegen haben, also ihr Veto einlegen könnten.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Das sind einige Eckpunkte der letzten Zeit. Ich kann Sie, Herr Einert, nur bitten: Lassen Sie es nicht zu einem solchen energiepolitischen Petersberg der SPD kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie es nicht zu, daß das Zwischenlager Ahaus faktisch und dann rechtlich zu einem Endlager wird. Tuen Sie etwas zur Förderung der Energieeinsparung und der rationellen Energienutzung, damit die Alternativen zur heutigen Großkraftwerksstruktur deutlich werden. Sehen Sie sich doch einmal in Dänemark um, wo die Kraft-Wärme-Kopplung als entscheidende Energieeinsparressource konsequent genutzt wurde. Erlösen Sie z. B. die Wuppertaler Energieagentur aus ihrem Schattendasein. Eröffnen Sie ihr Handlungsspielräume, die über eine reine Beratungstätigkeit,

(C)

wie es jetzt ist, hinausgehen.

Und, Herr Minister Einert, bitte schaffen Sie eine kritische Distanz zu den großen Energieversorgern, die heute die Energieverschwendung zu verantworten haben. Dazu gehört für mich auch die Kritik an diesem neuen - ich zitiere - "Kunden-Energiespar-Servicoprogramm des RWE, kurz KESS genannt. Kurz skizziert: Das Programm offeriert allen Erwerbern von sog. energiesparenden Haushaltsgeräten einen Zuschuß von 100 DM. Das ist ja auch positiv. Das Problem ist: Die Wirksamkeit des Programms ist umstritten, weil der Mittelumfang äußerst begrenzt ist. 30 Millionen DM pro Jahr sind für einen Energiemulti, der Milliardenumsätze macht, nicht besonders beeindruckend. Energiesparende Heizgeräte, die einen relativ großen Einspareffekt erzielen würden, sind von der Förderung ausgeschlossen, und die Geräteliste mit den empfohlenen Geräten läßt keinen wesentlichen Einspareffekt gegenüber durchschnittlichen Geräten erwarten. Das haben die Verbraucherberatungen gesagt. Gleich hohe Investitionen in den Nah- und Fernwärmeausbau ließen einen weit höheren CO₂-Einspareffekt erwarten. - Soweit die Kritik.

Aber, Herr Minister Einert, Sie haben auf einer Pressekonferenz des RWE die Werbetrommel für das RWE gerührt. Wie können Sie das mit Ihren Pflichten als Energieaufsichtsbehörde vereinbaren? Sie sollen doch REW und VEW zu ernsthafter Energieeinsparung bewegen und sich da nicht als Claqueur betätigen. Sie haben mit den Least-cost-Plänen ein scharfes Instrument in der Hand. Das wird allerdings stumpf, wenn Sie den EVU sozusagen alles gestatten, wenn diese z. B. auch absatzsteigernde Maßnahmen in den Strompreis überwälzen dürfen. Least-cost-planning sagt ja gerade, daß nur solche Maßnahmen, die mit Energie- und Stromeinsparungen verbunden sind, auch tatsächlich in den Strompreis überwälzt werden dürfen. Wenn Sie hier also die Förderung stromintensiver Geräte beklatschen, dann machen Sie sich als Energieaufsicht unglaublich. Ich hoffe sehr, daß Sie dazu klare Worte finden.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Farthmann - ich sehe ihn gerade nicht - hat in der schon zitierten Presseerklärung vom 07.12.1992 gesagt, ein neuer energiepolitischer Konsens darf die

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Stellung der heimischen Kohle nicht aushöhlen. Dieser Satz macht deutlich, daß Sie, Herr Farthmann, jedenfalls stellvertretend für die SPD-Fraktion, eine völlig falsche Fragestellung im Kopf haben. Es geht für Sie offenbar um die Absatzsicherung von Braunkohle, von Steinkohle als Schlüsselgröße in einem energiepolitischen Konzept und eben nicht um Energieeinsparung und Atomausstieg. Wenn ich solche Sätze höre, habe ich das Gefühl, daß Sie immer noch dem längst verlorenen Konsens von Kohle und Kernenergie nachtrauern.

Konkrete Gefahr droht doch wohl für die Steinkohle nicht aus Hannover, sondern aus Brüssel. Da geht um die neue EG-Beihilfenentscheidung, die wir Ende Juli dieses Jahres hier in Düsseldorf veröffentlicht haben. Diese EG-Beihilfenentscheidung verurteilt die Ergebnisse der Kohlerunde praktisch zur Bedeutungslosigkeit, was ja damals schon absehbar war. Die Schrumpfung der heimischen Steinkohle, die Entlassung von Zehntausenden von Bergleuten erfolgt ohne jedes schlüssige Energiekonzept. Das ist für mich der eigentliche Skandal bei dieser Geschichte.

(B) Herr Stüber, Sie leisten aus dem Haushalt Milliardenbeträge an die Bergbautreibenden, ohne daß der Sinn und Zweck dieser Zahlungen nachgewiesen wäre. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß und auch im Wirtschaftsausschuß mehrfach danach gefragt. Ein Konzept ist da nicht erkennbar. Die Ruhrkohle baut jetzt im Interesse ihrer Eigentümer - das ist nicht mehr der Bund, sondern vor allem die VEBA - ihre bergbaufernen Beteiligungen aus, ohne daß die öffentlichen Hände daran partizipieren. Es ist nicht einmal klar, ob die unternehmerischen Aktivitäten der Ruhrkohle überhaupt am meisten dem Ruhrgebiet zugute kommen. Ich denke, das sollte man einmal zum Thema einer Kohlerunde machen.

Nun gibt es diesen Handlungsrahmen Kohleregionen zur Beruhigung der Bergbauregionen, der hier schon mehrfach eine Rolle gespielt hat. Meine Frage, Herr Einert, war: Wird damit ein zusätzlicher Beitrag zur Förderung der Kohleregionen geleistet, oder wird im Grunde genommen das Vorhandene fortgeschrieben oder sogar abgespeckt?

Wir haben als GRÜNE nachgerechnet. Siehe da, das neue Programm Handlungsrahmen Kohleregionen

(C)

reicht nicht einmal aus, die alten auslaufenden Programme zu ersetzen.

Dann habe ich dazu eine kleine Anfrage gestellt. Die haben Sie dankenswerterweise, wie ich auch erbeten hatte, noch vor dieser Debatte beantwortet. Dafür noch einmal ausdrücklich meinen Dank!

Materiell wird diese Aussage, die ich vorher gemacht habe, von Ihnen, vom Wirtschaftsminister, inhaltlich voll bestätigt. Sie haben nämlich 1993 nicht mehr, sondern weniger Geld für die Kohleregionen vorgesehen. Die Ausgaben des Landes für die Kohleregionen liegen 1993 unter denen von 1991. 1991 war das letzte Jahr vor dem Handlungsrahmen Kohleregionen. Der Rückgang beträgt ungefähr 100 Millionen DM.

Ich will zum Abschluß diese Beantwortung kritisieren, weil sie zwei Falschinformationen enthält.

Die erste Falschinformation: Die Stadterneuerungsmittel für 1993 werden hier voll angerechnet. Wir wissen doch alle, daß der Bund diese Mittel gestrichen hat. Es werden zumindest keine neuen Mittel bereitgestellt.

Zweitens wird behauptet, 1991 und 1992 seien 0 DM an Stadterneuerungsmitteln in die Kohleregionen geflossen. Das ist eindeutig falsch. Ich zitiere Herrn Minister Kniola; er hat nämlich 1992 einen großen Erfolg gemeldet - das ist immer das Problem, wenn man jedes Jahr Erfolge melden will -, er hat 1992 gesagt:

In allen vier Kohlegebieten liegen die Förderanteile deutlich über dem jeweiligen Bevölkerungsanteil: 157 Millionen.

Sie sagen 0 DM. Das haut nicht hin. Ich möchte Sie wirklich herzlich darum bitten, die Informationspflicht der Landesregierung gegenüber dem Landtag ernst zu nehmen und nicht immer wieder diese Taschenspielerien zu versuchen.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Die Kürzung der Mittel für die Kohleregionen liegt 1993 gegenüber 1991 bei mindestens 250 Millio-

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

nen DM. Das ist wirklich kein Ruhmesblatt für die Landesregierung.

Ich will als allerletzten Punkt die Westdeutsche Landesbank kurz ansprechen. Nach § 42 des Sparkassengesetzes sind Sie, Herr Einert - genauso wie Herr Schleußer -, zuständig dafür, die Beteiligungspolitik der WestLB zu kontrollieren. Sie müssen jeden einzelnen Beteiligungserwerb genehmigen.

Hier im Landtag spielen Sie immer den Unschuldigen, Sie wissen von nichts. Die WestLB macht aber mit diesem Beteiligungserwerb vielleicht eine wichtigere Wirtschaftspolitik als Sie mit Ihrem Haus. Ich denke, darüber sollten Sie hier einmal Bericht erstatten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert das Wort.

(B) Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir ernsthaft überlegt, ob ich überhaupt noch an das Rednerpult gehen soll; denn das, was bisher hier vorgetragen worden ist, ist die Neuauflage von mindestens einem dutzendmal abgespielter Schallplatten. Wir haben es in mehreren Ausschusssitzungen, in mehreren Plenarsitzungen erörtert. Die ständige Wiederholung macht das nicht wahrer.

Ich wende mich daher einem anderen Thema zu, von dem ich glaube, daß es wirklich für die nächsten Monate und Jahre ein zentraler Punkt von Landespolitik sein wird. Aber vorab mache ich zwei Zwischenbemerkungen.

Die erste Bemerkung bezieht sich auf den Kollegen Tschoeltsch. Herr Kollege Tschoeltsch, ich bin ja bereit, über die Frage von Subventionen und viele andere Dinge zu diskutieren. Nur, ich hatte Ihnen eigentlich nicht zugetraut, daß Sie als langjähriges Mitglied des Wirtschaftsausschusses eine solche Wissens- und Bildungslücke in dem Zusammenhang aufweisen, daß Sie hier ständig die Fragen von Ver-

besserung der Rahmenbedingungen unserer Technologieinfrastruktur mit Subventionen in einen Topf werfen und nicht wissen, wovon Sie überhaupt reden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das Wort Technologieinfrastruktur habe ich überhaupt nicht benutzt!)

Gehen Sie einmal mit diesen Argumenten, die Sie hier vorgetragen haben, nach Aachen, nach Dortmund, nach Duisburg! Ja, selbst in Ihrer unmittelbaren Heimatregion, in Siegen, sollten Sie sich mit diesen Argumenten eigentlich nicht mehr blicken lassen.

(Zustimmung des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Denn das beweist sehr deutlich, daß Sie überhaupt nicht verstanden haben, was die Verbesserung der Technologieinfrastruktur als Voraussetzung für die Schaffung von Wettbewerbsrahmenbedingungen für unsere neue wirtschaftliche Struktur in diesem Lande ausmacht -

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(D) in einem völligen Gegensatz zu dem Problem, das Subventionen ausmachen. Wir sollten uns wirklich um soviel intellektuelle Redlichkeit bemühen. Ich habe hier mehrfach mündlich und schriftlich die Zahlen vorgetragen über die Veränderung der Wettbewerbsbedingungen in Nordrhein-Westfalen, die Umwandlung von Firmenzuschüssen und das, was an Infrastruktur, als Verbesserung der Rahmenbedingungen gewährt worden ist. Daß Sie immer noch diesen alten Hirschen zu frischen Wassern treiben wollen, das spricht nicht gerade für Sie.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Minister Einert: Aber ja!)

- Bitte schön, Herr Kollege Tschoeltsch!

(A)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Minister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich die betriebliche Subventionierung im Rahmen von Technologieprogrammen und mit keinem Wort die Technologieinfrastruktur, beispielsweise an Universitäten, Instituten oder sonstigen Einrichtungen, kritisiert habe?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Wenn Sie das begriffen hätten, was ich Ihnen mehrfach mündlich und mit Zahlen belegt habe, über die Veränderung auch der Landeswirtschaftspolitik in dieser Frage, dann könnten Sie diese olle Klamotte hier nicht mehr erneut vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite ist: Herr Kollege Meyer, daß auch Sie immer wieder die alte Schallplatte hier abspielen, das müssen wir wohl hinnehmen. Zu Ihnen fällt mir eigentlich nur noch Herbert Wehner ein: Auch noch so sehr getretener Quark wird höchstens breit, aber nicht stark.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Müdes Lächeln! - Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Das ist überhaupt keine Antwort, Herr Minister!)

(B)

Ich möchte mich statt all der Petitessen, die wir im Ausschuß und woanders bereits erörtert haben, einem Stichwort zuwenden, das für uns in den nächsten Wochen und Monaten eine große Rolle spielen wird. Ich greife die Frage der bundesweiten Bedeutung des Stichwortes Energiekonsens auf.

Ich sage als Vorbemerkung dazu sehr deutlich: Nordrhein-Westfalen legt Wert darauf, daß wir die schwierigen Herausforderungen und die Probleme, die die Energiepolitik und die besondere Situation des Energielandes Nordrhein-Westfalen betreffen, wenn möglich in einen erneuten Ansatz zu einer Konsensbildung in die Gesamtpolitik der Bundesrepublik einbringen.

Aber: Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß es hierbei sehr unterschiedliche Interessenlagen der Beteiligten gibt. Diese unterschiedlichen Interessenlagen sind legitim. Aber sie müssen eingeordnet werden in die

(C)

jeweiligen Beiträge, die dazu geliefert werden. Ich will ein paar Stichworte nennen.

Mein erstes Stichwort ist die Behauptung, die EVU und die Vertreter der Kernenergie hätten mit ihrem Vorstoß den Ausstieg aus der Kernenergie programmiert. Ich halte diese schlichte Darstellung für Quatsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie ist es. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich das etwas flapsig formuliert habe. Aber es ist nichts anderes als Quatsch.

Hier geht es um Interessenlagen, und die Interessenlage geht davon aus - das können wir alles mit Zahlen belegen -: Zur Zeit ist die Kapazität der Stromproduktion und -versorgung so groß und so gut, daß kein Mensch aus einer Interessenlage heraus daran interessiert ist, eine zusätzliche Kapazität durch den Zubau von neuen Kraftwerken, gleichgültig, auf welcher Basis, ob auf der der Kohle oder der Kernkraft, vorzunehmen.

Zweitens die Berufung auf die technische Abschreibungszeit! Da können wir uns über die Restnutzungszeit durchaus streiten. Ich lasse das zunächst einmal so stehen. In dieser Frage gibt es vorerst keine Einigung. Sie ist auch uninteressant. Aber daß die technische Nutzungszeit und Abschreibungszeit - immer die Beachtung der Sicherheit unterstellt -, daß dieser Zeitraum eher, auch bei den alten Kernkraftwerken, bei über 15 denn bei unter 15 Jahren liegen wird, ist klar. Schauen Sie sich die einzelnen Standorte und ihre Kraftwerke an!

(D)

Das bedeutet, um es ganz nüchtern vor dem Hintergrund von Interessenlagen auf den Punkt zu bringen: In den nächsten acht bis zehn Jahren steht überhaupt keine Ersatzinvestitionsentscheidung an, d. h. wir können alle auf Parteitag, die noch so notwendig sind, uns auf bestimmte Grundsätze verständigen, wenn entsprechende Voraussetzungen erfüllt sind. Aber wenn sie von einem solchen Parteitag nach Hause kommen, dann werden alle Genehmigungs-Minister in der Bundesrepublik, wenn sie sich denn am Montagmorgen an ihrem Schreibtisch wiederfinden, sehr sorgfältig und sehr seriös überlegen müssen,

(A) (Minister Einert)

ob sie etwa gegen geltendes Recht und gegen erteilte Genehmigungsbescheide verstoßend, eine solche Genehmigung widerrufen wollen und damit pro anno dreistellige Millionenbeträge an Schadensersatz auslösen wollen. Und kein Minister, der seine fünf Sinne beisammen hat und der seinen Amtseid ernst nimmt, kann eine solche Entscheidung zum Nachteil seines jeweiligen Landes fällen. Ich sage dies, um es einmal ganz klar und sehr deutlich in Blockbuchstaben für die vielleicht etwas Zurückgebliebenen zu formulieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Busch beantworten?

(Minister Einert: Aber ja!)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Minister Einert, da Sie gerade gesagt haben, daß wir uns in der glücklichen Situation befinden, daß in den nächsten acht bis zehn Jahren keine Ersatzinvestitionsentscheidungen notwendig sind: Ist es nicht gerade dann die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt, diese Zeit zu nutzen, um Alternativen zu neuen Großkraftwerken zu schaffen?

(B)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Ich habe nicht davon gesprochen, daß wir uns in einer glücklichen Situation befinden, sondern habe ganz sachlich-nüchtern referierend festgestellt, daß das für uns der erkennbare Zeitraum ist, um den es geht. Daher habe ich auch keine Bedenken, Ihnen insoweit zuzustimmen, daß man jetzt diesen Zeitraum nutzen muß. Ob es dann die Chance eines Konsenses gibt, auf welcher Basis auch immer, das lasse ich zunächst einmal offen. Aber man muß in einem solchen Zeitraum zu Entscheidungen kommen.

Die zweite Interessensposition, über die wir, wenn wir über Energiekonsens diskutieren, reden und die wir voraussetzen müssen - damit sage ich ja nichts Anstößiges -, ist diese. Jedes Land hat seine eigene Interessensituation, und es gibt auch keinen Zweifel, daß, da auch von ihm ein Teil der Initiative ausgeht, das Land Niedersachsen seine eigene Interessenssitua-

tion hat. Ich will dazu ein paar Stichworte nennen.

Ein Stichwort ist Gorleben. Nur, ohne jeden Vorwurf: Interessensituation! Es ist doch unstreitig, daß das Stichwort Gorleben der Schlüssel dafür ist, daß es über die letzten Jahre hinweg zu keinem Konsens gekommen ist. Das mag aus der besonderen Koalitionssituation des Landes Niedersachsen heraus verständlich sein. Aber man muß doch wohl einmal darauf hinweisen können, wenn man sachlich darüber diskutiert.

Es bedeutet auch dieses: Wenn dieser Kompromiß sich in der Linie bewegt, wie es mehrfach in den Briefen diskutiert und beschrieben worden ist - Aufgabe des Endlagerstandorts Gorleben -, dann bedeutet das, daß bisher ein weiteres Stück vorausgegangenen Konsenses aufgegeben wird, nämlich die Übereinstimmung, die darin bestand, daß man keinen Export von Atom Müll aus der Bundesrepublik betreiben will. Und die Aufgabe etwa des Standorts Gorleben, gleichgültig, ob man jetzt in den schwedischen Granit oder irgendwohin in die GUS-Staaten oder wohin auch immer geht, bedeutet die Aufgabe dieser bisherigen Übereinkunft. Ich stelle das hier nur ganz einfach referierend fest. Das wird auch ein Bestandteil der Diskussion in dieser Frage in den nächsten Wochen und Monaten sein.

(D)

Aber genauso deutlich sage ich dieses. Neben der Interessensituation Niedersachsens, der dortigen Koalition, gibt es auch für uns Grundpositionen. Dazu darf ich feststellen, daß, wer glaubt, daß man dort neben dem Bonbon, die Aufgabe des Standorts Gorleben als Endlager, auch noch etwa die Aufgabe des Kernkraftwerks Stade verkaufen zu können, um damit Zustimmung zu erreichen etwa für eine Gasleitung durch das Wattenmeer, für ein neues Gaskraftwerk Stade oder für ein neues, 2 000 oder 3 000 MW bietendes Energiezentrum in der Nähe von Wilhelmshaven auf der Basis von Importkohle, wer dann glaubt, er könne das zu Hause als Wohltaten verkünden und das betreffende EVU dürfe sich einbilden, es könne dort als Bonbon die Aufgabe von Stade verkünden und etwa die gleich alte Klamotte Würgassen weiterbetreiben, der soll sich ganz warm anziehen. Das läuft mit mir nicht. Dies sage ich in aller Deutlichkeit.

(A) (Minister Einert)

Drittes Stichwort zum Energiekonsens in dieser Frage! Was sind denn nun die wirklichen Knackpunkte, auf die es bei einer solchen Diskussion ankommt?

Das ist zunächst die Regelungsnotwendigkeit, die Frage, ob man sich nun verständigen kann und endlich erklärt: Endlagerung statt Wiederaufarbeitung - nicht umgekehrt, wie es bisher war, nicht alternativ nebeneinander. Es steht vielmehr die Frage an: Endlagerung statt Wiederaufarbeitung. Das hat aber dann etwas mit Stichworten wie "Export von Atommüll" zu tun, hat etwas mit Zeiträumen und auch etwas mit der berechtigten Befürchtung zu tun, ob nicht dann aus den heutigen Zwischenlagern für viele, viele Jahrzehnte faktische Endlager werden.

Dabei muß ich deutlich darauf hinweisen: Dann wäre für uns wirklich der Punkt erreicht, an dem wir in eine erneute Diskussion etwa über das Zwischenlager Ahaus eintreten müßten - was mit der bisherigen Beschlußlage der Landesregierung nicht zu vereinbaren wäre.

Zweiter Knackpunkt: Was wird denn nun aus der MOX-Anlage in Hanau? Wird sie von vornherein aufgegeben, oder wird es dort auch einen Konsens geben, das Ding in Betrieb zu nehmen, etwa einen limitierten Zeitraum die Vernichtungsanlage für Plutonium zu betreiben? Auch das wird zu den Knackpunkten einer solchen Konsensfrage gehören.

Drittens: Was wird aus der Option?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Gibt es eine Möglichkeit, einen Konsens zu finden, wenn man in der Zukunft auf die heutige Nutzung von Leichtwasserreaktoren oder Druckwasserreaktoren verzichten will und glaubt, man könne eine neue Option auf eine neue Generation von Reaktoren in bezug auf ein inhärentes Sicherungssystem eingehen? Das heißt: Ist das, was bisher gegolten hat, nämlich die Kombination auf der Ebene FRAMATOM, die Lösung des Problems?

Ich bin mir darüber im klaren: Man kann den Menschen, den Wissenschaftlern und Ingenieuren, das Denken nicht verbieten. Was ist also richtig? Wird es eine solche Konstruktion und die mögliche Option im

(C)

Ausland, etwa zusammen mit FRAMATOM, geben, oder gibt es, wie es einmal angedacht worden ist, die Möglichkeit, unter der Voraussetzung einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages auch bei uns eine solche Option realistisch zu betrachten?

Das sind die drei Streitpunkte eines Konsenses, die erörtert werden müssen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund die Interessenlage Nordrhein-Westfalens:

Es gibt - ich sage das unmißverständlich - mit dem Land Nordrhein-Westfalen eine solche umfassende Konsensdiskussion mit dem Ziel, diesen Konsens vielleicht zu finden; ob er erreichbar ist, weiß heute keiner, auch ich nicht. Für mich und für die Landesregierung ist aber unstrittig, daß ein solcher Kompromiß eine Paketlösung einschließlich der Lösung der anstehenden Kohleprobleme beinhalten muß. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat auf diese Notwendigkeit völlig zu Recht hingewiesen. Einen Konsens ohne das halte ich für undenkbar. Das bedeutet:

Wir müssen für einen solchen Konsens eine Basis finden, auf der der Kohlekompromiß vom November des vergangenen Jahres in den nächsten Jahren und Jahrzehnten praktisch umgesetzt werden kann. Hier besteht auch der Zwang zu einer gemeinsamen Position gegenüber Brüssel, und es ist die Notwendigkeit einer Einigung über eine Anschlußregelung und -finanzierung ab 1996.

(D)

Ich glaube immer noch, daß eine solche gemeinsame Basis möglich ist, die dann einen dreifachen Ansatz haben muß:

Erstens: langfristiger ökologischer Umbau des Energieangebots, das auch finanziert werden muß - von allein geht das nicht.

Zweitens: Rekultivierung oder Revitalisierung der völlig zerstörten ostdeutschen Braunkohlegebiete; diese müssen ja - mit zweistelligen Milliardenbeträgen - finanziert werden. Woraus wohl?

Drittens: Aufstellung einer sicheren Finanzierungsgrundlage für den vereinbarten Kohlekompromiß aufgrund der Situation des Landes Nordrhein-West-

(A) (Minister Einert)

falen.

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz [SPD])

Das, meine Damen und Herren, sind die energiepolitischen Entscheidungsnotwendigkeiten der nächsten Monate. Wir werden alles daransetzen, wie in der Vergangenheit alles möglichst in Form eines Kompromisses und eines Konsenses zu erreichen. Deshalb habe ich die Interessenpositionen sowohl der Stromwirtschaft als auch etwa eines anderen Landes und des Landes Nordrhein-Westfalen so deutlich beschrieben.

Wenn uns das gelingen sollte, ist das der Anstrengung wert. Ich setze immer noch darauf, daß uns dies gelingt. Ich glaube, das wird die wirtschafts- und energiepolitische Situation des nächsten Jahres in Nordrhein-Westfalen ausmachen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner erteile ich Kollegen Kollorz für die CDU-Fraktion das Wort.

(B) Abgeordneter Kollorz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei kurze Vorbemerkungen machen:

Kollege Stüber hat angemahnt, man solle die wirtschaftspolitische Debatte ehrlich und fair führen. Sein Satz: "Der Glücksfall der deutschen Einheit ist durch Helmut Kohl zum Schadensfall der deutschen Nation geworden", ist weder ehrlich noch fair, weil falsch.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Vorbemerkung: Kollege Stüber, wenn schon unter Berufung auf ein Urteil des Bundeskanzlers die positive Entwicklung des Ruhrgebietes dargestellt worden ist, wäre es auch ehrlich und fair gewesen, darauf hinzuweisen, daß sich insbesondere der Bundeskanzler für dieses Ergebnis persönlich sehr eingesetzt hat.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Debatte in diesem Landtag will ich zu drei Bereichen eine kurze Äußerung machen.

Erstens: Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Es gibt in diesem Hause doch überhaupt keinen Zweifel darüber, daß wir im Bereich der Genehmigungsverfahren erheblich besser werden müssen.

(Zustimmung des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Ich darf daran erinnern, daß wir in einer Wirtschaftsausschußsitzung im September die Ergebnisse der einzelnen Kollegen vor Ort zusammengefaßt haben. Da haben Kollegen gesagt: Größere Planungsaufgaben scheiterten oft daran, daß unterschiedliche Gremien angehört werden müßten; manche Kreise und Gemeinden lösten dieses Problem dadurch, daß sich die Entscheidungsträger an einem Runden Tisch zusammenfanden und dort nach entsprechenden Anhörungen und Beratungen die Entscheidung gemeinsam trafen; es gäbe so bisweilen ganz einfache Lösungen.

Ein anderer Kollege aus der SPD-Fraktion hat die Überlegung in den Raum gestellt, ob nicht das, was man in den fünf neuen Bundesländern beim Straßenbau an Beschleunigung macht, ein Ansatz wäre, um auch hier zu einem Beschleunigungsprozeß zu kommen.

(D)

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

Daß es auch in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf gibt, weist eine Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion vom 24. November 1992 aus. Da steht - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident -:

Dazu gehört die Überprüfung, wie zum Beispiel bestimmte Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Das ist der eine Teil. - Ein zweiter Teil, der etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun hat, findet sich auch in der besagten Presserklärung. Dieser Teil beschäftigt sich mit einer umfassenden Strukturreform nicht nur der Landesverwaltung; dies hat wohl auch Ausstrahlungskraft auf andere Bereiche. Denn dort ist zu

(A) (Kollorz [CDU])

lesen, man müsse Standortfragen, Aufgabenverlagerung, Privatisierungen und Entbürokratisierung überprüfen.

Es ist doch völlig unstrittig, daß wir uns im Interesse der weiteren wirtschaftlichen Situation in diesem Lande auch diesen Aspekten zuwenden müssen. Wenn wir uns ganz schnell ehrlich und fair an dieses Thema heranmachen, kann das nur zum Nutzen der Wirtschaft dieses Landes sein.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Schwericke [CDU])

Dazu gehören natürlich auch die Arbeitnehmer. Es ist doch geradezu ein Irrglaube zu vermuten, daß Arbeitnehmer kein Interesse an florierender Wirtschaft haben.

(Beifall bei der CDU)

Die letzten Tarifiergebnisse waren aus der Sicht der Arbeitnehmer im Grunde genommen kein besonderer Anlaß zur Freude. Deshalb füge ich persönlich an - das habe ich schon einmal gesagt -: Wenn sich die Politik in solche Fragen einmischt, wird es immer teurer. Von daher würde ich in diesem Zusammenhang sicherlich nicht nur für mich, sondern auch für eine andere eine größere Zurückhaltung anmahnen.

(B)

Ein dritter Punkt! Der Minister und andere haben sich mit der Frage der neueren Entwicklung in der Energiepolitik beschäftigt. Ich will für unsere Fraktion zunächst einmal sagen, daß wir dankbar anerkennen, daß es auf diesem Feld Bewegung gibt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Ich hatte gestern eine Diskussion, die von einem Diskussionspartner mit der Frage begonnen wurde: Habe ich Sie richtig verstanden, daß ...? Ich prophezeie einmal, daß wir in den nächsten Wochen eine Debatte mit der Fragestellung bekommen werden: Habe ich Sie richtig verstanden? Diese Debatte werden wir führen müssen, um am Ende dieser Entwicklung herauszufinden, ob es alle richtig verstanden haben.

Ich glaube - und sage dies auch für meine Fraktion -,

(C)

daß der angestrebte neue Energiekonsens auf der Grundlage des Energiemixes beruhen muß.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es in diesen Überlegungen zunächst einmal eine Bewegung hinsichtlich der Entsorgungsfrage. Die Entsorgungsfrage war in diesem Landtag des öfteren Thema. Daß in diesem Zusammenhang die einzelnen, die ihre Länder repräsentieren, auch die Interessen des eigenen Landes im Auge haben, gilt nicht nur für Niedersachsen, sondern auch für Nordrhein-Westfalen; das unterstelle ich schlicht und einfach.

(Minister Matthiesen: Aber mit einem Unterschied: Über das Endlager und über die Notwendigkeit gab es einen nationalen Konsens!)

- Wenn es diesen nationalen Konsens gibt, ist es richtig, daß man insbesondere den Kollegen Ministerpräsidenten aus Niedersachsen auf dieses Thema aufmerksam macht.

(Minister Matthiesen: Richtig!)

Und Sie haben - das ist meine Bitte - mit Ihren Mitteln aus der Regierung und der Partei heraus die Möglichkeit, Ihren Verhandlungsführer auf diesen Pfad zu bringen.

(D)

(Minister Matthiesen: Aber auch der Bundeskanzler!)

- Natürlich, es gibt viele Beteiligte.

Ich will hier auch gar nicht nach dem Strickmuster "Das müssen nur die anderen machen" verfahren, sondern sagen: Das müssen wir gemeinsam tun. Denn ich glaube, daß die Lösung der Entsorgungsfrage eine wichtige Voraussetzung für das andere, was es zu lösen gilt, ist, nämlich die Frage der heimischen Kohle, die natürlich eingebunden werden muß, und die weitere Entwicklung der Kernenergie unter völlig neuer Konstellation. Ich habe gelesen, daß das zumindest einige vorhaben.

Also: Hier gibt es eine große Aufgabe nicht nur für die Regierung, sondern auch für die in diesem Land-

(A) (Kollorz [CDU])

tag beheimateten Fraktionen. Am Ende wird die Konsensfindung dem Energieland Nordrhein-Westfalen nur nützen. Deshalb sind alle aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Mai für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Das eine ist das übliche Lamento, das wir auch gerade wieder gehört haben, nämlich die angeblich zu langen Genehmigungsverfahren. Es war interessant, als sich Ihr SPD-Kollege Michael Müller, umweltpolitischer Sprecher im Bundestag - ich glaube, es war in der vorletzten Woche -, für die Verbandsklage auch in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen hat, wie sie alle SPD-geführten Bundesländer eingeführt haben bzw. dabei sind einzuführen.

(B)

Herr Müller brachte dies mit dem wichtigen Argument vor, daß eine frühe Beteiligung eine spätere Klage im Genehmigungsverfahren überflüssig mache. Die Erfahrungen bestätigen, daß eine frühe und umfassende Beteiligung der Umweltverbände und der Beteiligten Klagen vermeidet. Fehlende Unterlagen sind sehr oft ein Grund für die langen Verfahren. Wenn die Unterlagen und Gutachten frühzeitig vollständig beigebracht werden, werden die Genehmigungsverfahren im Endeffekt verkürzt. Das ist auch unser politischer Wille.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Mai, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stüber?

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Ich lasse die Zwischenfrage gern zu.)

- Bitte.

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Kollege Mai, können Sie mir ein Bundesland nennen, in dem Um-

(C)

weltverbände eher und umfangreicher informiert werden, als das in Nordrhein-Westfalen durch das anerkannte und von der Landesregierung mit mehr als einer halben Million DM unterstützte Büro der Vereinigung der drei Verbände in Nordrhein-Westfalen geschieht?

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Kollege Stüber, es geht nicht um frühzeitige Information. Diese wird in allen Bundesländern zugrunde gelegt. Das Beteiligungsverfahren ist in allen Ländern gleich. Die anerkannten Naturschutzverbände werden frühzeitig informiert und beteiligt. Allerdings werden im Verfahren die Einwände der Naturschutzverbände sehr schnell vom Tisch gewischt, weil sie keine Folgen haben. Sie sind folgenlos, wenn sie nicht beachtet werden. Sie werden zur Kenntnis genommen, aber sie werden dann geflissentlich vom Tisch gewischt. Wenn aber die Klagemöglichkeit hinter diesen Argumenten steht, dann nimmt man diese Argumente sehr viel ernster und bezieht sie ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Und sie werden eben nicht später Gegenstand einer Klage vor Gericht, was das Verfahren natürlich aufhält. Das ist das Faktum. Das ist, denke ich, vom Bundesumweltamt auch in vielen Unterlagen nachgewiesen, daß diese Situation die Genehmigungsverfahren im Endeffekt beschleunigt.

(D)

Zweiter Punkt! Herr Stüber, ich wollte auch auf Sie eingehen, ich habe es leider nur bruchstückweise gehört, aber Sie haben sich ja mit der Abwärmeabgabe, die von uns wiederholt beantragt worden ist, beschäftigt, und Sie haben dies ja auch als einzig sinnvollen Antrag bezeichnet. Er ist wahrlich sinnvoll. Nur Ihre Gegenargumente ziehen nicht. Sie wissen, daß Rheinland-Pfalz - Ihre eigene SPD-Fraktion - seinerzeit einen vollständigen Gesetzentwurf für die Umsetzung der Abwärmeabgabe vorgelegt hat. Er ist verfassungsrechtlich geprüft und wettbewerbsrechtlich auch zulässig und hat sehr hohe Effekte und Wirksamkeit. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Ich werde nachher zum Umwelt-Etat noch auf die anderen Abgabenkonstruktionen eingehen.

(A) (Mai [GRÜNE])

Es ist eben nicht so, daß diese Abgaben hier originär zum ersten Mal eingeführt werden müßten. Wir haben in Baden-Württemberg eine Sondermüllabgabe, wir haben sie in Hessen, wir haben sie in Niedersachsen, wir haben sie demnächst in Bremen. Wir haben eine Grundwasserentnahmeabgabe in Berlin, wir haben sie in Hamburg, wir haben sie in Baden-Württemberg - seinerzeit unter CDU-geführter Regierung - eingeführt. Da können Sie doch nicht mit dem Argument kommen, das würde den Wettbewerbsstandort oder den Standortvorteil von Nordrhein-Westfalen tangieren, wo eine ganze Reihe von Bundesländern die Verbandsklage eingeführt haben, Umweltabgaben machen, und Herr Matthiesen stellt sich hin und predigt das tagein, tagaus. Aber kein konkreter Schritt! - Soweit meine Worte. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P.

(B) **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich will den Schlagabtausch wegen der Technologieförderung jetzt nicht fortsetzen. Ich habe gerade noch mal in den Unterlagen nachgeguckt. Da sind seitenweise Positionen über betriebliche Förderungen aufgeführt. Aber das wollte ich jetzt nicht weiter ausführen.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie vom Konsens in der Energiepolitik sprachen.

Sie wissen, daß wir die Subventionierung der Steinkohle durchaus kritisch sehen. Sie müssen aber auch sehen, daß wir bei den Sparvorschlägen diesen Bereich nicht angetastet haben, weil wir uns an geschlossene Verträge halten.

Was ich jetzt sage, ist noch nicht abgestimmt mit meiner Fraktion und ist, obwohl ich Sie anspreche, eigentlich an Bonn gerichtet.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist mutig!)

(C)

- Wer glaubt, man könne bei einer Fortsetzung der Subventionierung als Ersatz des Kohlepfennigs Nordrhein-Westfalen als Land mit einbinden nach der bekannten Zwei-Drittel-/Ein-Drittel-Lösung, der irrt. Ich kann so einem Verfahren, das will ich jetzt schon sagen, keinesfalls zustimmen. Und deshalb werde ich mich auch für grundsätzlich andere Regelungen einsetzen, egal wie diese Regelungen im Detail aussehen werden. Wir als Land Nordrhein-Westfalen können nicht mit einem Drittel einspringen. Das kann dieses Land nicht leisten. Und ich glaube, wenn wir darin übereinstimmen und auch Übereinstimmung hier im Plenum in dieser Frage erzielen, dann sollten wir das auch gemeinsam in Bonn vortragen; denn unsere Karten, meine Damen und Herren, sind in Brüssel nämlich nicht so gut, wenn man den ganzen Ablauf ansieht.

Im Augenblick ist es so, daß wir einen einstimmigen Beschluß haben müssen. Aber wenn der nicht zustande kommt, ist Wegfall der ganzen Verhandlungsposition, das heißt dann wird völlig neu verhandelt.

Ich wollte Ihnen und auch der Öffentlichkeit nur signalisieren, daß wir in diesem Punkt, so hoffe ich, Übereinstimmung haben. Das wäre für dieses Land von großer Bedeutung.

(Beifall des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Einert.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich gehe sonst nicht auf jeden Einzelsatz noch einmal ein. Aber weil ich das wirklich für ein ganz zentrales Problem halte und damit wir unsere Aktelage völlig klar haben, will ich das gerne noch einmal hierzu tun.

Wir haben in dieser Frage, Herr Kollege Tschoeltsch, völlige Übereinstimmung. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat über viele Jahre immer wieder gesagt - und das ist auch durch den insoweit einstimmigen Beschluß der Mikat-Kommission untermauert worden -: Wenn es eine Finanzierung aus Steuermit-

(A) (Minister Einert)

teln gibt, dann ist nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland eindeutig, daß für diese Frage von sektoraler Wirtschaftspolitik, denn das ist die Energiepolitik, allein der Bund zuständig ist. Das war insoweit auch einstimmiges Votum der Mikat-Kommission und aller Mitglieder dieser Kommission und trifft genau die Rechtsposition der Landesregierung.

Ich brauche Ihnen nicht zu bestätigen, daß wir im Grunde genommen einfach nicht in der faktischen Lage sind, neben der bisherigen Ein-Drittel-Mitfinanzierung des Hüttenvertrages auch nur über eine weitere anteilige Finanzierung als Nachfolgeregelung des Kohlepfennigs nachdenken zu können, sondern es gilt entweder das, was in der Mikat-Kommission gesagt worden ist, oder aber der Bund muß am besten auf europäischer Ebene, aber sonst als eine alleinige Entscheidung, für eine andere Einnahmefinanzierung für die gemeinsame Lösung der drei Anhaltspunkte, von denen ich vorhin sprach, sorgen.

Vizepräsident Dr. Klose: Gibt es weitere Wortwünsche? - Das stelle ich nicht fest. Ich schließe hiermit die **Beratung**.

(B) Wir haben **abzustimmen** zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/4772**. Er bezieht sich auf Einnahmen aus der Abwärmeabgabe und ökologischen Sonderfonds, Klimaschutz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu der Entscheidung über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4708**. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das heißt, daß die Beschlußempfehlung **angenommen** worden ist.

Ich rufe die **Nummer 2** auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Es ist auf die Beschlußempfehlung Drucksache

11/4710 und auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4773 hinzuweisen.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile zu **Nummer 2 a) - Umweltschutz und Raumordnung** - der Abgeordneten Dr. Schraps von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Opposition liegt das Wohl dieses Landes Nordrhein-Westfalen am Herzen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Na, na, na!)

Es grenzt ans Unerträgliche - auch Ihr "Na, na, na!" -, wenn auf dem Hintergrund dieser Bemühungen um einen soliden Haushalt 1993 absolute Ablehnung herrscht, wenn die Mehrheitsfraktion eine Meinung neben ihrer eigenen nicht duldet und die SPD in Gemeinsamkeit mit der Regierung Nordrhein-Westfalens in ihrer wirklich verkrusteten Struktur für Veränderungen völlig unzugänglich ist,

(Zustimmung bei der CDU)

Vorschläge, die nicht selbst geboren sind, ablehnt, sich Gefälligkeitssäle zuwirft und von ihrer Unfehlbarkeit in einem Maße überzeugt ist, daß eine Etatberatung im Grunde genommen zu einer Komödie, einer Farce gerät,

(Zustimmung der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

an deren Ende man sich fragen muß, ob das eigene Bemühen nicht reine Zeitverschwendung ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sollte eine gute Fee mir einmal drei Wünsche zugestehen, dann werde ich den ersten Wunsch nicht für mich verwenden, sondern ich werde sie bitten, daß Journalisten und Reporter zu den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen zugelassen werden. Ich glaube, manch einer - wenn er nicht vollkommen SPD-blind ist - würde sich mit Grausen

(C)

(D)